

Pro Coesfeld e.V.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD
Bündnis90-Die Grünen
Aktiv für Coesfeld e.V./ Familie
Fraktionen im Rat der Stadt Coesfeld

06.02.2019

An den
Bürgermeister der Stadt Coesfeld
Herrn Heinz Öhmann
Markt 8

48653 Coesfeld

Antrag auf Resolutionsentschließung an den Petitionsausschuss des Landtages NRW

Sehr geehrter Herr Öhmann,

die Fraktionen **Pro Coesfeld, SPD, Die Grünen und Aktiv für Coesfeld/Familie** bitten den folgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 21.02..2019 aufzunehmen:

Der Rat beschließt, folgende Resolution an den Petitionsausschuss des Landtages NRW zu überreichen:

„Der Landtag NRW möge eine Änderung des § 8 Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen der Gestalt ändern, dass die Rechtsgrundlage für Straßenausbaubeitragssatzungen in Nordrhein-Westfalen abgeschafft wird und somit generell die Kommunen keine Ausbaubeiträge von den Anliegern fordern dürfen. Die Einnahmeausfälle der Kommunen sind gemäß dem Konnexitätsprinzip durch Zuweisungen des Landes zu kompensieren“.

Begründung:

In Coesfeld und auch in den Umlandgemeinden regt sich erheblicher, berechtigter Widerstand gegen die Erhebung von Straßenbaubeiträgen. Das hat zum einen seine Ursache in den oftmals sehr hohen Beiträgen zum Straßenaus-oder -umbau und zum anderen in der Beurteilung des angeblich wirtschaftlichen Vorteils für die Grundstückseigentümer.

Der Umbau und Ausbau von Straßen wird durch wichtige ökologische Aspekte häufig einseitig zu Lasten der Grundstückseigentümer verteuert. Doch gerade diese

ökologische Komponente kommt der Allgemeinheit zu Gute und muss von daher auch von der Allgemeinheit getragen werden.

Der Ausbau oder Umbau von Straßen nimmt keinerlei Rücksicht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit von Grundstückseigentümern. Selbst Ratenzahlung können Bürgerinnen und Bürger oftmals nicht vor dem finanziellen Ruin bewahren, Senioren erhalten aufgrund ihres Alters keine Kredite mehr bei den Banken, so dass sie ihre Altersvorsorge für Straßenbaubeiträge opfern müssen.

Diese äußerst prekäre Lage erfordert eine klare Positionierung der Politik, auch der Politik im Kleinen. Die Kommunen allein können die Last nicht tragen, brauchen einen Ausgleich vom Land NRW nach Art. 78 Abs. 3 der Landesverfassung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Günter Hallay
Fraktionsvorsitzender Pro Coesfeld

gez. Ralf Nielsen
Fraktionsvorsitzender SPD

gez. Erich Prinz
Fraktionsvorsitzender Die Grünen

gez. Dieter Goerke
Fraktionsvorsitzender Aktiv für
Coesfeld / Familie